



Broemme meint

Katastrophenschutz - Wer hilft wem?

(BS) Der Landkreistag NRW fordert vom Land mehr Unterstützung für den Katastrophenschutz. Unstrittig ist die Verantwortung, die jeder Landkreis und jede kreisfreie Stadt als untere Katastrophenschutzbehörde für den Zivil- und Katastrophenschutz hat. Doch wie können sie dieser Aufgabe gerecht werden? Nicht nur das Hochwasser im Juli 2021 hat gezeigt, dass die Landkreise sehr unterschiedlich vorbereitet sind. Sie wären auch in vielen Punkten überfordert, alleine alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen. Ich bin davon überzeugt, dass der Schwerpunkt der Verantwortlichkeit an der Basis liegen muss und nicht möglichst weit nach oben verschoben werden darf. Ich bin jedoch auch davon überzeugt, dass nicht in jedem Landkreis jede Maßnahme neu geplant werden muss, sondern dass hier mit Rahmenplänen z.B. Übungen besser vorbereitet und Katastrophenabwehrpläne geprüft werden können. In mehreren Bundesländern wird deshalb – analog zum BBK – etwas Analoges auf Landesebene geplant oder ist bereits vorhanden. Die hilfreiche Unterstützung von „oben nach unten“ ist ein wesentlicher Schritt, um die Resilienz (siehe Resilienzstrategie der Bundesregierung) allmählich voranzubringen - in Deutschland ein mehr als zäher Prozess.

Albrecht Broemme

Er war als Landesbranddirektor Leiter der Berliner Feuerwehr (1992-2006) und anschließend Präsident des THW (2006-2019)

Mehr Beihilfe gegen Katastrophen-Demenz

(BS) Der Landkreistag NRW (LKT NRW) fordert von Innenminister Herbert Reul eine klare Stärkung des Katastrophenschutzes in den Kommunen. Im Rahmen einer zweitägigen Klausurtagung tauschten sich Landräte mit Mitgliedern des Landeskabinetts aus, unter anderem über das Thema Katastrophenresilienz und -schutz. Die Erkenntnisse und Erfahrungen, die in vergangenen Krisen gesammelt wurden, hätten zu neuen Anforderungen an den Katastrophenschutz geführt und diese müssten nun umgesetzt werden.

Gerade der Katastrophenschutz auf kommunaler Ebene sei besonders wichtig, um entsprechende Vorsorge- und Schutzmaßnahmen zu treffen, da die kommunalen Katastrophenschutzbehörden der erste Anlaufpunkt der Bevölkerung sei, erklärt der Präsident des LKT NRW, Landrat Dr. Olaf Gericke. Aus den aktuellen Mehrfachkrisen und massiven Bedrohungen gehe hervor, dass der Zivilschutz weiterentwickelt und gestärkt werden müsse. Hier bedürfe es der klaren Unterstützung des Landes, da Kommunen sowohl personell als auch finanziell an ihre Grenzen stießen.

Ergriffene Maßnahmen reichen nicht

Zwar begrüße der Vorstand des LKT NRW das Sirenenförderprogramm und die Unterstützung bei der Anschaffung von Satellitentelefonen durch die Landesregierung, allerdings reiche das nicht aus. Stattdessen brauche es neben den geschaffenen rechtlichen Rahmenbedingungen ein gezieltes Förderprogramm, um die kommunalen Strukturen auszubauen. „Wir dürfen nicht zur Tagesordnung übergehen. Die NRW-Kreise als untere Katastrophenschutzbehörden müssen in die Lage versetzt werden, für die neuen Aufgaben zur Krisenvorsorge



Innenminister Herbert Reul (mitte) und LKT-Präsident Dr. Olaf Gericke (links) sprechen über nötige Zivilschutz-Hilfen.

Foto: BS/Presseabteilung Landkreistag NRW

und Krisenresilienz zusätzliches Personal zu gewinnen“, so Gericke. Dies sei vor allem so, weil Kreise, anders als kreisfreie Städte, nicht auf hauptamtliche Kräfte eigener Feuerwehren zurückgreifen könnten.

In den vergangenen Jahren habe es zwischen den Landkreisen NRW und den kreisangehörigen Gemeinden bereits enge Zusammenarbeiten infolge der vielen Krisen gegeben. Dabei seien Vorbereitungs- und Präventionsmaßnahmen ergriffen worden, Strukturen seien angepasst und personelle wie sachliche Ressourcen aufgestockt worden.

Doch auf Dauer könnten die Kommunen die anfallenden Herausforderungen im Zivilschutz nicht alleine bewältigen. „Wir haben seit dem Hochwasser im Sommer 2021 und der noch nicht überwundenen Energiekrise im Katastrophenschutz viel in die Wege geleitet, um besser gewappnet zu sein für Krisen und Katastrophenereignisse. Zu dieser Verantwortung stehen die Kreise“, erklärt Gericke. Nun braucht es auch die entsprechende Unterstützung des Landes, um den Katastrophenschutz weiterhin handlungsfähig zu halten.

App unterstützt SAs Feuerwehrführungskräfte



Wenn Einsatzkräfte schnelle Entscheidungen treffen müssen, hilft die App.

Foto: BS/Matt C, [Unsplash](#)

(BS) In Sachsen-Anhalt bekommen die Führungskräfte der Feuerwehren bis Ende 2024 speziell auf das Bundesland zugeschnittene App-Unterstützung. Bereits Ende 2023 wurden die Pläne für die Einführung der App durch Innenministerin Dr. Tamara Zieschang vorgestellt, Ende Januar wurde die Kooperation mit der TU Bergakademie Freiberg unterzeichnet, die die von ihnen entwickelte Feuerwehr-App speziell für Sachsen-Anhalt angepasst weiterentwickeln soll.

Funktionen der App

Die App besteht aus vier Modulen, welche den Führungskräften im Einsatz relevante Informationen auf einen Blick anzeigen und so die Entscheidungsfindung vereinfachen können. Eine Datenbank aller in Deutschland zugelassenen PKW ist im Rettungsdatenblatt-Modul enthalten. So können unter anderem wichtige Informa-

tionen über das betroffene Fahrzeug wie Antriebsart, Gefahrenbereiche oder mögliche Rettungszugänge direkt abgerufen werden. Durch eine Zusatzfunktion kann mittels Kamera und Internetverbindung außerdem eine verschlüsselte Direktabfrage von Kfz-Kennzeichen über das Kraftfahrtbundesamt erfolgen, wobei eine KI selbst beschädigte Nummernschilder erkennt.

Ebenfalls via Kamera können im Gefahrgut-Modul relevante Stoffinformationen über Gefahrguttafeln an entsprechenden Transporten abgerufen werden.

Eine Modul für Atemschutzüberwachung ermöglicht eben dies, da vorab die vorhandenen Atemschutzgeräte in die App eingepflegt werden und dann im Einsatz überwacht werden können, was eine analoge Überwachung obsolet macht. Das vierte Modul ist ein Karten-Modul, welches mehrere klassische Kartenwerke kombiniert und relevante Einsatzinformationen liefert. Zusätzlich können Einsatzkräfte eigene Informationen in die Karten einpflegen, wie Löschwasserentnahmestellen oder Feuerwehr- und Einsatzpläne. Für die Nutzung der App sollen 1.500 Tablets beschafft und an die Ortsfeuerwehren verteilt werden, erklärt Dr. Zieschang. Die Kosten für die App und die Anbindung an das Kraftfahrtbundesamt in Höhe von etwa 210.000 Euro sowie die anfallenden Kosten von einer Millionen Euro für Tablets und einsatztauglicher Hüllen übernimmt das Land Sachsen-Anhalt.

Behörden Spiegel NEWSLETTER & PODCASTS

In den aktuellen Ausgaben unserer weiteren Newsletter und Podcasts finden Sie u. a. folgende Themen:

NEWSLETTER

[Newsletter „Netzwerk Sicherheit“](#)

5. Februar:

- Berlin: Flotte zu klein
- Brandenburg übernimmt IMK-Vorsitz

[Newsletter „Verteidigung. Streitkräfte. Wehrtechnik“](#)

5. Februar:

- Die Lage spitzt sich zu
- Scheitern mit Ansage

[Newsletter „Digitaler Staat und Cyber Security“](#)

24. Januar:

- Bundestag beschließt Digitalhaushalt
- BSI bezieht neues Nationales IT-Lagezentrum

[E-JOURNAL FUTURE4PUBLIC:](#)

- Meine Welt ist ein Dorf

PODCASTS

[Podcast „Public Sector Insider“ vom 6.](#)

Februar:

- Der sichere Weltraum

[Podcast „Public Sector Insider Stichwort“ vom 7. Februar:](#)

- Klimaneutral digital

FUTURE  PUBLIC

Der Newsletter mit Zukunft.

 SUBSCRIBE

Thüringer Feuerwehren bekommen digitales Alarmierungssystem

(BS) Thüringer Feuerwehren sollen künftig ein flächendeckendes, modernes und verschlüsseltes Alarmierungssystem erhalten. Dafür sorgt ein neuer Gesetzesentwurf zur Änderung des Brand- und Katastrophenschutzgesetzes, der Anfang Februar verabschiedet wurde. Ursprünglich war die Alarmierung eine Pflichtaufgabe im eigenen Wirkungskreis der Kommunen, mit dem neuen Entwurf kann aber die Einführung eines einheitlichen Systems gewährleistet werden.

„Damit können wir die 30 Jahre veraltete Alarmierungstechnik, die noch auf dem Gleichwellennetz basiert, endlich modernisieren, um erstmals ein landesweit einheitliches, fehlerfreies und Ende-zu-Ende verschlüsseltes digitales Alarmierungsnetz auf den Weg zu bringen. Es ist ein Mammutprojekt, dem wir uns stellen werden“, erklärt Donata Vogtschmidt, Sprecherin für Katastrophenschutz und Feuerwehren der Fraktion Die Linke im Thüringer Landtag.

Zusätzlich sollen in nächster Zeit 550 bauliche Ertüchtigungen an Funkstandorten vorgenommen werden und auch die Anschaffung von 38.600 Pagern für Feuerwehr und

Katastrophenschutz Helfer sei vorgesehen. Dafür seien etwa 43 Millionen Euro veranschlagt. Es sei eine „wertvolle Investition in die Sicherheit der Bevölkerung“ Thüringens und ziele darauf ab, in Zukunft die Einsatzkräfte von Thüringen noch besser alarmieren und steuern zu können, so Vogtschmidt.

Ein weiterer Vorteil des Gesetzes sei außerdem, dass es eine Lücke bei der Feuerwehrrente schließe. Ehrenamtlich aktive

Feuerwehrkameradinnen und -kameraden könnten nun wieder zwischen einer monatlichen Rente und einer Kapitalabfindung wählen. Für die fachkundige Unterstützung bedankt sich Vogtschmidt beim Thüringer Feuerwehrverband, denn dessen Mitglieder hätten bei einer Verbandstagung wichtige Impulse für die Gesetzesinitiative von den Fraktionen Die Linke, SPD und Bündnis 90/Die Grünen geliefert.



Zusätzlich zum bestehenden Alarmierungssystem kommen nun auch Pager zum Einsatz

Foto: BS/ 2ways by eMessage eSkyper ONE (Zwei-Wege-Pager); Randgruppe, Pixabay

Auf dem Prüfstein

SPD: Knowledge-Network in Europa

(BS) Anlässlich der Europawahlen am 9. Juni haben wir Deutschlands Parteien gefragt, was sie auf EU-Ebene für den Katastrophenschutz erreichen wollen.

Lesen Sie in den kommenden Ausgaben die Antworten der Parteien.

Behörden Spiegel: Was wünschen Sie sich für den europäischen Katastrophenschutz in den nächsten vier Jahren?

SPD-Sprecher: Die großen Herausforderungen, vor denen der Katastrophenschutz in Deutschland wie in Europa steht, sind uns schmerzlich vor Augen geführt worden: 2021 die Flutkatastrophe im Ahrtal, 2023 die Flut in Slowenien. Waldbrände und extreme Dürre - die Folgen des Klimawandels zeigen sich mit brachialer Wucht. Neben der Erreichung der nationalen wie

europäischen Klimaziele ist es deshalb in den kommenden vier Jahren von entscheidender Bedeutung, auch den Prozess der engen europäischen Verzahnung voranzubringen. Ziel ist die kontinuierliche Stärkung und Weiterentwicklung des Bevölkerungsschutzes im Kontext der Klimafolgenanpassung. Angesichts der geopolitischen Sicherheitslage, die sich durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine verändert hat, gilt es, auch die Zivilverteidigung an die neue Lage anzupassen.

Behörden Spiegel: Was möchte Ihre Partei an dem aktuellen Katastrophenschutzverfahren der Union ändern?

SPD: Angesichts der sichtbaren großen Herausforderungen wollen wir zum Schutz unserer Bevölkerung eine stärkere europä-

ische Zusammenarbeit. Die Basis hierfür sollten subsidiäre operative Strukturen sein.

Behörden Spiegel: Sollte sich Deutschland im europäischen Katastrophenschutz mehr engagieren?

SPD: Wir wollen, dass Deutschland sich engagiert einbringt in die Gemeinschaft eines starken, solidarischen europäischen Bevölkerungsschutz-Verbands. Das heißt auch: Intensive Mitarbeit von Bund und Ländern im Knowledge-Network der Europäischen Katastrophenschutzzusammenarbeit. Und wir wollen die praktische Nutzung und Operationalisierung des reformierten Europäischen Katastrophenschutzverfahrens begleiten.

Grundsteinlegung für Telenotarztsystem in Bonn und Rhein-Sieg-Kreis

(BS) Für die Etablierung eines gemeinsamen Telenotarztsystems für Bonn und den Rhein-Sieg-Kreis wurden Ende Januar die ersten rechtlichen Grundlagen geschaffen. Mit der Unterzeichnung einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Trägergemeinschaft ist es den Beteiligten nun möglich, den Dienst zu definieren und einzurichten. Unterschrieben wurde die Vereinbarung von Bonns Oberbürgermeisterin Katja Dörner, Landrat des Rhein-Sieg-Kreises Sebastian Schuster und dem Ärztlichen Direktor des Universitätsklinikums Bonn (UKB) Prof. Wolfgang Holzgreve.

Planung des Dienstes

Da Bonn Kernträger der Telenotarzt-Zentrale ist, wird diese in der Leitstelle der Feuerwache 1 am Lievelingsweg angesiedelt. Das ärztliche Fachpersonal für die Umsetzung stellt das UKB. Dazu werden rund 20 erfahrene Notärztinnen und -ärzte des UKB speziell zum Telenotarzt weiterqualifiziert. Diese sind natürlich auch weiterhin bei Notarzteinsätzen im Dienst, können aber auch über die Telenotarztzentrale erreicht werden und virtuell bei Rettungsdienst-Einsätzen hinzugezogen werden. Telekommunikation, Echtzeit-Vitaldaten-Übertragung sowie Sprach- und gegebenenfalls Sichtkontakt mit den Patientinnen und Patienten sorgen für eine fachkundige Unterstützung der Rettungswagenbesatzung vor Ort.

Auf diese Weise ließe sich der etablierte Notarztdienst entlasten, vor allem auch in Zeiten des Fachkräftemangels. Gerade in



(v.l.n.r.) Sebastian Schuster (Landrat des Rhein-Sieg-Kreises), Katja Dörner (OB Bonn) & Prof. Wolfgang Holzgreve (Ärztlicher Direktor des UKB) legen den rechtlichen Grundstein

Foto: BS/Giacomo Zucca, Bundesstadt Bonn

Fällen, bei denen zunächst kein Notarzt vorgesehen oder auch nicht zwingend notwendig sei, könne das Rettungsfachpersonal so niederschwellig und schnell Unterstützung erhalten. Durch die übertragenen Werte könne so auch eine ärztliche Interpretation und eine gezielte, ärztlich angeordnete, medikamentöse Therapie durch das Rettungsfachpersonal erfolgen.

Gemeinsam besser unterwegs

„Unsere gemeinsame Vertragsunterzeichnung ist ein wichtiger Schritt, um die Gesundheitsversorgung der Menschen in der Region noch weiter zu verbessern. Der gemeinsame Dienst ist ein weiteres Beispiel für die seit langem etablierte und gute über-

regionale Zusammenarbeit“, erklärt Katja Dörner. Ihre Worte werden durch Sebastian Schuster ergänzt: „Es soll die Notärztinnen und Notärzte nicht ersetzen, sondern dazu beitragen, die schnellstmögliche ärztliche Betreuung der Patientinnen und Patienten weiter zu verbessern.“

Der geplante Start des Telenotarztsystems ist für 2025 angesetzt. Zu diesem Zeitpunkt sind bis zu acht Rettungswagen in Bonn und sieben Fahrzeugen im Rhein-Sieg-Kreis mit entsprechender Ausstattung geplant. Im Ausbau soll das System bis 2028 dann auf 60 Fahrzeuge ausgeweitet werden. Darüber hinaus sollen Telenotarzte auch telefonisch für die Beratung der Besatzung von Rettungsfahrzeugen zur Verfügung stehen.

Fachtagung KRITIS

Krankenhaus in Krise, Terror, Krieg

14. März 2024 | Berlin

Eine Kooperationsveranstaltung von Gesundheitsstadt Berlin und dem BG Klinikum Unfallkrankenhaus Berlin (ukb)

Der Tarif für öffentliche Einrichtungen beträgt EUR 150.

Weitere Informationen:



Zur Anmeldung:



27. Europäischer Polizeikongress



**Isabel
Schmitt-Falckenberg**
Abteilungsleitung
Bundespolizei



**Michael
Stübgen**
Innenminister
Brandenburg



**Rita
Schwarzelühr-Sutter**
Parl. Staatssekretärin, BMI



**Jürgen
Hohnen**
Staatssekretär a.D



**Jürgen
Mathies**
Staatssekretär a.D

Impressum

Herausgeberin und Chefredakteurin von „Behörden Spiegel Newsletter Rettung. Feuer. Katastrophe.“: Dr. Eva-Charlotte Proll.

Redaktionelle Leitung: Bennet Biskup-Klawon, Scarlett Lüsser. Redaktion: Jonas Brandstetter, Benjamin Hilbricht, Guido Gehrt, Dr. Barbara Held, Ann Kathrin Herweg, Lars Mahnke, Sven Rudolf, Paul Schubert, Anna Ströbele, Marlies Voßebrecker. Online-Redaktion: Tanja Klement. Redaktionsassistentin: Kirsten Klenner, Kerstin Bauer (Berlin); Produktionsassistentin: Wiebke Werner.

ProPress Verlagsgesellschaft mbH, Friedrich-Ebert-Allee 57, 53113 Bonn, Telefon: 0049-228-970970

E-Mail: redaktion@behoerderspiegel.de; www.behoerden-spiegel.de. Registergericht: AG Bonn HRB 3815. UST-Ident.-Nr.:DE 122275444 - Geschäftsführer: Dr. Fabian Rusch. Herausgeber- und Programmbeirat: Uwe Proll (Vorsitz). Der Verlag hält auch die Nutzungsrechte für die Inhalte von „Behörden Spiegel Newsletter Rettung. Feuer. Katastrophe.“ Die Rechte an Marken und Warenzeichen liegen bei den genannten Herstellern. Bei direkten oder indirekten Verweisen auf fremde Internetseiten („Links“), die außerhalb des Verantwortungsbereiches des Herausgebers liegen, kann keine Haftung für die Richtigkeit oder Gesetzmäßigkeit der dort publizierten Inhalte gegeben werden.